

BERNHARD HEIMANN

Die Linke und der Krieg

In der mehr als 150jährigen Geschichte der Arbeiterbewegung haben die Auffassungen und die Haltung von Sozialisten zum Krieg eine widersprüchliche Entwicklung genommen. Darin spiegeln sich Erfahrungen wider, die im Zusammenhang mit den jeweiligen Kriegen gesammelt worden sind. Stets waren und sind solche Fragen zu beantworten wie: Sollen Kriege verurteilt oder als Verteidigung berechtigter Interessen anerkannt werden, sollen Rüstungsausgaben oder Kriegskredite im Parlament bewilligt werden u. ä. Heute ein Urteil zu fällen, wie die gegebenen Antworten einzuschätzen sind, ist schwierig. Zu berücksichtigen sind dabei die konkrete historische Situation und die eigenen Ansprüche der sozialistischen Parteien, die sich aus ihren Programmen bzw. Zielstellungen ergaben.

In einer fundierten Untersuchung zum Thema »Sozialdemokratie, Krieg und Frieden« kamen Christoph Butterwegge und Heinz-Gerd Hofschien bereits in den 80er Jahren zu dem Schluß, daß »die Partei immer dann ihre größten Niederlagen erlitt (die dann auch Niederlagen der gesamten Arbeiterbewegung und der Demokratie wurden), wenn sie den Kurs konsequenter Friedenspolitik verließ.«¹

Karl Marx und Friedrich Engels

Bereits Karl Marx und Friedrich Engels nahmen in den rund 50 Jahren ihres Wirkens erhebliche Veränderungen in ihrer Stellung zum Krieg vor. Zunächst gingen sie von den Erfahrungen der Zeit nach der Französischen Revolution und den Napoleonischen Kriegen aus. Sie wandten sich aber gegen die damals herrschende Geschichtsauffassung, die »Gewalt, den Krieg, Plünderung, Raubmord pp. zur treibenden Kraft der Geschichte« gemacht hatte.² Später wiesen sie in ihren Arbeiten vor allem darauf hin, daß Armeen und Krieg von materiellen, ökonomischen Bedingungen abhängig sind.

Marx und Engels beurteilten Kriege danach, welchen Einfluß sie auf die Arbeiterbewegung und den Erfolg der proletarischen Revolution haben würden. Im Zusammenhang mit der Revolution von 1848/49 hielten sie den Krieg gegen den russischen Zarismus, die Hauptkraft der Konterrevolution, für legitim. Da Marx die Befreiung Europas vornehmlich von der revolutionären Erhebung der Arbeiterklasse der fortgeschrittensten Länder, nämlich Frankreichs und Englands erwartete, war er sogar bereit, einen Weltkrieg als Auslöser dafür zu akzeptieren.³ Das war eine – aus den Zeitumständen erklär- bare – Zuspitzung, die von den beiden großen Sozialisten später verworfen wurde.

Bernhard Heimann – Jg. 1935, Dr. sc. phil., Militärhistoriker, Oberst der NVA, Fachgruppenleiter am Militärgeschichtlichen Institut der DDR von 1976 bis 1990.

1 Christoph Butterwegge, Heinz-Gerd Hofschien: Sozialdemokratie, Krieg und Frieden, Heilbronn 1984, S. 9.

2 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 3, S. 23.

3 Karl Marx: Die revolutionäre Bewegung, in: MEW, Bd. 6, S. 150; Ders.: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, S. 79.

4 Karl Marx: Invasion!, in: MEW, Bd. 13, S. 444.

5 Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: MEW, Bd. 16, S. 13.

6 Karl Marx: Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg, in: MEW, Bd. 17, S. 7.

7 Siehe Butterwegge, Hofschien, S. 16, 31.

8 Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland, in: MEW, Bd. 22, S. 256.

9 Friedrich Engels: Einleitung zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«, in: MEW, Bd. 22, S. 517.

10 Friedrich Engels: Kann Europa abrüsten?, in: MEW, Bd. 22, S. 371 ff.

Als Marx 1859 die Invasionskriege Napoleons III. in Italien, China und Mexiko anprangerte, charakterisierte er das bis dahin weit verbreitete Dogma, daß »um Frieden zu haben, man sich zum Kriege rüsten muß«, als große Lüge.⁴ Bei der Gründung der I. Internationale 1864 verurteilte Marx die Politik der herrschenden Klassen, die in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudeten. Den Arbeiterklassen habe das die Pflicht gelehrt, dem entgegenzuwirken und »die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.«⁵

Den Deutsch-Französischen Krieg 1870 betrachteten Marx und Engels differenziert: zunächst als Verteidigungskrieg Deutschlands gegen den bonapartistischen Überfall. Zugleich warnten sie die deutsche Arbeiterklasse, daß Sieg oder Niederlage gleich unheilvoll sein würden, wenn der streng defensive Charakter des Krieges aufgegeben und er in einen Krieg gegen das französische Volk ausarten würde. Marx brachte im Namen des Generalrates der I. Internationale die Überzeugung zum Ausdruck, daß »die Allianz der Arbeiter aller Länder schließlich den Krieg ausrotten wird.« Als Zukunftsvision sah er eine neue Gesellschaft, »deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die Arbeit!«⁶ Der von Marx und Engels begründete Standpunkt des Generalrats der Internationale hatte erheblichen Anteil daran, daß die Gruppierungen der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands während dieses Krieges ihre internationalistische Friedensposition bewahrten. Namentlich die sozialdemokratischen Abgeordneten im Norddeutschen Reichstag August Bebel und Wilhelm Liebknecht bestanden die Prüfung als »prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges« und nahmen die Anklage und Verurteilung als Hochverräter in Kauf.⁷

In den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts warnte Engels vor den Gefahren eines europäischen Krieges und eines Weltkrieges. 1891 brachte er die Befürchtung zum Ausdruck, ein neuer Krieg zwischen Deutschland und Frankreich würde zunächst beide Länder und dann den ganzen Kontinent verwüsten. Seine Folgerung lautete: »Und deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden.«⁸ 1895 sprach er vom Ende der »bonapartistischen Kriegsperiode« und sah voraus, daß die Entwicklung jeden anderen Krieg unmöglich machen würde »als einen Weltkrieg von unerhörter Greuelhaftigkeit und von absolut unberechenbarem Ausgang.«⁹ Engels beließ es jedoch nicht nur bei seinen Warnrufen. Mit der Schrift »Kann Europa abrüsten?« unterbreitete er 1893 konkrete Vorschläge, wie das Wettrüsten beendet und der Frieden garantiert werden könnte. Als Hauptweg, den auch die damaligen Regierungen unter den herrschenden politischen Bedingungen gehen konnten, betrachtete er die Herabsetzung der Dienstzeit in den stehenden Heeren mit dem Endziel, diese in eine auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhende Miliz umzuwandeln.¹⁰

Insgesamt boten Marx und Engels der Arbeiterbewegung Wegweiser an, um sich in den komplizierten Problemen von Krieg und Frieden zurechtzufinden. Ihre Erkenntnisse (namentlich die militärtheoretischen und militärhistorischen Arbeiten von Engels) beinhalten vor allem in der Herangehensweise noch immer wertvolle Anregungen für die Gegenwart, ohne daß sie heutige Fragen beantworten.

Die II. Internationale

Die sozialdemokratischen Parteien und ihre internationale Vereinigung, die II. Internationale, folgten in ihrer Mehrheit über einen längeren Zeitraum dem von Marx und Engels gewiesenen Weg. So beschloß der 5. Kongreß in Paris 1900, »daß es vor allem unbedingt notwendig ist, die weltpolitische Alliance der Bourgeoisien und Regierungen zur Verewigung des Krieges durch eine Alliance der Proletarier aller Länder zur Verewigung des Friedens zu beantworten, d. h. von mehr oder minder platonischen Demonstrationen der internationalen Solidarität auf politischem Gebiet zur energischen internationalen Aktion, zum gemeinsamen Kampf gegen den Militarismus und die Weltpolitik überzugehen.«¹¹

Die Resolution des Stuttgarter Kongresses von 1907 zur imperialistischen Politik bekräftigte, daß Kriege im Wesen des Kapitalismus liegen, daß sie in der Regel Folgen des Konkurrenzkampfes zwischen den kapitalistischen Staaten sowie des unaufhörlichen Wettrüstens sind. Der Kongreß verpflichtete die arbeitende Klasse und insbesondere ihre Vertreter in den Parlamenten, »mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen ...« Den Abschluß der von Bebel entworfenen Resolution bildete der Änderungsantrag, den W. I. Lenin, Rosa Luxemburg und L. Martow gestellt hatten. Darin hieß es: »Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, ... alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern ... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.«¹²

Damit war die marxistische Position zu Militarismus und Krieg entsprechend den neuen Bedingungen und Erfahrungen weiterentwickelt und zugespitzt worden. Dieser Standpunkt der II. Internationale wurde auf dem Baseler Kongreß 1912, als der Balkankrieg tobte und die Gefahr eines Weltkrieges bedrohlich zunahm, bestätigt und durch konkrete Aufgaben an einzelne Parteien ergänzt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die stärkste und angesehenste Kraft der II. Internationale, vertrat lange Zeit zur Frage der Kriegskredite die Position: »Diesem System keinen Mann und keinen Groschen«. Allmählich gewannen jedoch in der SPD und vielen anderen Parteien der II. Internationale diejenigen Kräfte entscheidenden Einfluß, die eine »Vaterlandsverteidigung« befürworteten und bereit waren, ihre jeweiligen Regierungen bei der Bewilligung des Militärhaushaltes zu unterstützen. Ihr Wortführer in Deutschland war Gustav Noske. Dieser erklärte bereits 1907 im Deutschen Reichstag: »Ich gehe als Sozialdemokrat mit dem Herrn Kriegsminister zusammen, wenn er erklärt hat, man habe ein Interesse daran, daß die deutschen Soldaten die besten Waffen haben.« Noske kritisierte zwar den Militarismus in seiner Wirkung nach innen, bestätigte jedoch den bürgerlichen Parteien: »In der Beurteilung von Angriffskriegen auf Deutschland stimmen wir absolut überein! Es gibt da keinen Unter-

11 Zitiert in Butterwegge, Hofschien a. a. O., S. 61.
»Natürlich ist die Frage der grundsätzlichen Stellung zum Krieg von höchst praktischer Wichtigkeit und keineswegs eine theoretische Spintisiererei. Sie entscheidet sich auch nicht etwa von selbst, wenn ein konkreter Fall vorliegt; im Gegenteil: Gerade ein solcher konkreter Fall bringt mit der Erregtheit der Situation gar leicht eine Tendenz zur Verwirrung der klaren Einsicht.« Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus, in: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1958, S. 423.

12 Zitiert ebenda, S. 73 f.

13 Zitiert in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1966, S. 364 f.

schied! Angriffe würden wir Sozialdemokraten mit ebenso großer Entschiedenheit zurückzuweisen bemüht sein, wie das irgendein Angehöriger der bürgerlichen Parteien tun könnte und wollte.«¹³

Auf dem Parteitag der SPD im gleichen Jahr gab es eine Auseinandersetzung über Noskes Reichstagsrede. Aber letztlich nahm ihn der Parteivorsitzende Bebel in Schutz. Auch Bebel bekannte sich im Falle eines Angriffs auf Deutschland zur Vaterlandsverteidigung, wenn angegriffen würde. Und er glaubte, das Volk könne beurteilen, ob es sich um einen Angriffskrieg handele.

Oftmals beriefen sich sozialdemokratische Politiker darauf, daß Marx und Engels einen Verteidigungskrieg gegen das zaristische Rußland befürwortet hatten. Nur von der linken Minderheit in der Sozialdemokratie wurde betont, daß sich die Verhältnisse seit dieser Zeit wesentlich verändert hatten: In Rußland hatte es eine Revolution gegeben, und imperialistische Kriege um die Neuaufteilung der Welt kündigten sich an. Rosa Luxemburg hatte bereits anlässlich des Russisch-Japanischen Krieges 1904 gewarnt: »In der gegenwärtigen Lage der Weltpolitik droht jeder Krieg zweier Mächte in einen bewaffneten Zusammenstoß der widerspruchsvollen Interessen aller Mächte umzuschlagen, droht zu einem allgemeinen Blutbad zu werden.«¹⁴

14 Rosa Luxemburg: Krieg, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1955, S. 183.

Als im Sommer 1914 nach dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger unmittelbar der Ausbruch eines Weltkrieges drohte, rief der Parteivorstand der SPD am 25. Juli noch dazu auf, in Massenprotesten »den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen.« Weiter hieß es in dem Aufruf: »Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!«¹⁵

15 Zitiert in: Butterwegge, Hofschien a. a. O., S. 107.

Der 4. August 1914

Nach diesen revolutionär klingenden Worten war es kaum vorstellbar, daß die Führung der SPD und die gesamte Reichstagsfraktion dem Eintritt Deutschlands in den Krieg zustimmen und die Kriegskredite bewilligen würden. Und doch kam es so, weil die Rechten in der Partei sowie die Führung um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann sich nicht den genannten Beschlüssen der II. Internationale zum Kampf gegen die »bürgerliche Klassenherrschaft« verpflichtet fühlten, sondern die Zusammenarbeit mit den Regierungen anstrebten. Bereits am 29. Juli konnte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Albert Südekum dem Reichskanzler die Bestätigung des Parteivorstandes der SPD übermitteln, daß »keinerlei wie immer geartete Aktion (General- oder partieller Streik, Sabotage u. dergl.) geplant oder auch nur zu befürchten sei.«¹⁶ Am 3. August beschloß die Reichstagsfraktion mit 78 gegen 14 Stimmen, die Kriegskredite zu befürworten. Bei der Abstimmung im Reichstag am 4. August unterwarf sich die Minderheit dem Fraktionszwang, so daß die Abgeordneten der SPD geschlossen die Kriegskredite bewilligten. In der Erklärung der Fraktion wurde wiederum die Gefahr eines Sieges des »russischen Despotismus« als Argument benutzt und unterstrichen: »Da machen

16 Zitiert in: Ebenda, S. 108 f.

wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.«¹⁷

Damit war ein Wendepunkt nicht nur in der deutschen, sondern in der internationalen Arbeiterbewegung eingetreten. Die meisten Parteien der II. Internationale in den kriegführenden Ländern unterstützten entgegen den Beschlüssen der Kongresse von Stuttgart und Basel ihre Regierungen im Krieg. Nach dem 4. August 1914 gab es keine einige marxistische sozialdemokratische Arbeiterbewegung mehr, sondern es begann die Spaltung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Bewegung.

An die Beschlüsse der Internationale zum Kampf gegen den Krieg hielten sich nur die russischen Bolschewiki, die serbischen Sozialdemokraten, der linke Flügel der bulgarischen Sozialdemokraten (die »Engherzigen«), die italienischen Sozialisten und die kleine englische Independent Labour Party. In der deutschen Sozialdemokratie bildete sich um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht u. a. eine Linke, die sich über die »Gruppe Internationale« (1915), die »Spartakus-Gruppe« (1916) zur Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) entwickelte. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring verteidigten die marxistischen Auffassungen und analysierten die imperialistische Kriegspolitik. Liebknecht stimmte am 2. Dezember 1914 als einziger Reichstagsabgeordneter gegen die Kriegskredite, was die heftigste Kritik der Fraktionsmehrheit nach sich zog. Im Dezember 1915 stimmten 20 Mitglieder der SPD-Fraktion gegen die Kriegskredite. Sie wurden 1916 aus der Fraktion und zusammen mit anderen Oppositionellen 1917 aus der Partei ausgeschlossen. Diese oppositionellen Sozialdemokraten gründeten im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), der sich zunächst auch die »Spartakus-Gruppe« anschloß. Am Ende des Weltkrieges, nach Gründung der KPD, war die deutsche Arbeiterbewegung in drei Parteien gespalten, was in besonderem Maße an den unterschiedlichen Haltungen zum Krieg begründet lag. In ihrem Programm von 1989 erklärte die SPD dazu: »Im Ersten Weltkrieg enttäuschte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Europas viele in der Hoffnung, sie könne den Frieden erzwingen. Sie entzweite sich über das Verhältnis von nationalen zu internationalen Aufgaben der Arbeiterklasse.«¹⁸

Lenin und die Bolschewiki

Einen weiteren Einschnitt in der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung, nicht zuletzt auch in deren Auffassungen zum Krieg, stellte das Auftreten der russischen Bolschewiki unter Führung Lenins dar. Nach der Oktoberrevolution erlangten sie erheblichen Einfluß auf den radikalen, kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung. Lenin beschäftigte sich intensiv mit militärischen Fragen. Er berief sich auf den Marxismus, insbesondere auf Engels, aber auch auf Carl von Clausewitz. Er kam dabei zu sehr unterschiedlichen Auffassungen. Stets stand jedoch der Zusammenhang von Krieg und Revolution im Mittelpunkt. Aus der Geschichte zog Lenin die Schlußfolgerung, daß »die großen geschichtlichen Fragen nur durch *Gewalt* gelöst werden können ...«¹⁹ Diese Denkweise war nicht zuletzt auf die speziellen Kampfbedingungen in Rußland zurückzuführen, wo es die Arbeiterbewegung mit der grausamen Unterdrückung durch den Zarismus

17 Zitiert in: Ebenda, S. 112.

18 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Programm-Parteitag der SPD am 20. Dezember 1989 in Berlin, S. 6. »Gewiß – die Greuel des Krieges sind so furchtbar, daß sie in jedem menschlich empfindenden Menschen zunächst Empörung und Entsetzen erwecken. So wird man inmitten einer verheerenden Seuche viel größere Teilnahme für die Kranken empfinden als für den Arzt, der in scheinbarer Gefühllosigkeit seines Amtes waltet. Aber der gefühlloseste Arzt nützt dem Kranken immer noch mehr, als unsere innigste Teilnahme nützen kann. So ist der kleinste Beitrag zur wirklichen Erkenntnis des Krieges immer noch wertvoller als die herrlichste Zornrede gegen den Krieg.« Franz Mehring: Kriegsgeschichtliche Probleme, in: Zur Kriegsgeschichte und Militärfrage, Berlin 1967, S. 406.

19 W. I. Lenin: Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung, in: Lenin: Werke (LW), Bd. 8, S. 566.

zu tun hatte. Die Dogmatisierung dieser These wirkte sich jedoch für die Entwicklung der kommunistischen Bewegung und die seit 1917 entstandenen sozialistischen Staaten verhängnisvoll aus.

Mit besonderer Intensität befaßte sich Lenin mit den Problemen der militärischen Gewalt während des Weltkrieges 1914 bis 1918. Im Unterschied zur großen Mehrheit der Sozialdemokratie nahmen Lenin und die Bolschewiki von Anfang an eine eindeutig verurteilende Haltung zum Krieg ein. Lenin unterstrich: »Der gegenwärtige Krieg ist ein imperialistischer Krieg, und das ist sein Grundcharakter.«²⁰ Diese Wertung des Ersten Weltkrieges bekräftigte Lenin, indem er das erreichte Entwicklungsstadium des Kapitalismus untersuchte und es als Imperialismus kennzeichnete. Seine Schrift »Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus« sollte dazu beitragen, »sich in der ökonomischen Grundfrage zurechtzufinden, ohne deren Studium man nicht im geringsten verstehen kann, wie der jetzige Krieg und die jetzige Politik einzuschätzen sind, nämlich in der Frage nach dem ökonomischen Wesen des Imperialismus ... Denn der Beweis für den wahren sozialen oder, richtiger gesagt, den wahren Klassencharakter eines Krieges ist selbstverständlich nicht in der diplomatischen Geschichte des Krieges zu suchen, sondern in der Analyse der objektiven Lage der herrschenden Klassen in allen kriegführenden Staaten.«²¹

Anders sieht es jedoch mit den Schlußfolgerungen aus, die Lenin aus der Analyse des imperialistischen Weltkrieges für den Kampf der Arbeiterbewegung zog. Bereits im Oktober 1914 formulierte er: »Die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ist die einzig richtige proletarische Losung.«²² Weiter betonte er, die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Opposition sei es, »die Fahne des revolutionären Marxismus zu entrollen ..., die Losung revolutionärer Massenaktionen auszugeben, d. h. die Epoche der imperialistischen Kriege zum Beginn einer Epoche von Bürgerkriegen zu machen.«²³ Und später forderte er den »Bürgerkrieg für den Sozialismus« und erläuterte: »Der Bürgerkrieg ist ebenfalls Krieg, folglich muß auch er unvermeidlich die Gewalt an die Stelle des Rechts setzen.«²⁴ Indem Lenin zum Bürgerkrieg, ja zu einer Epoche von Bürgerkriegen aufrief, entfernte er sich von den originären Anschauungen von Marx und Engels. So hatte Marx den Bürgerkrieg gegen die Pariser Kommune als Massenschlächtereie gebrandmarkt und niemals an die Arbeiterklasse appelliert, von sich aus zum Bürgerkrieg als Kampfform zu greifen. Engels hatte die Sozialisten in allen Ländern gemahnt, für den Frieden einzutreten. Der nach der Oktoberrevolution über Jahre tobende Bürgerkrieg in Sowjetrußland zerrüttete das Land fast vollständig, kostete viele Millionen Menschenleben und brachte den Überlebenden Hunger und Not.

Oktoberrevolution und Krieg

Einen bedeutenden Schritt in der Frage von Krieg und Frieden unternahm die Bolschewiki unmittelbar nach dem Sieg im Oktober 1917 mit dem Dekret über den Frieden. Lenin hatte erkannt: »Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart.« Daher schlug er dem Sowjetkongreß am 8. November 1917 das Dekret über den Frieden vor, in dem allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen sofortige Verhandlungen über einen gerechten de-

20 Ders.: Referat über das Thema »Das Proletariat und der Krieg«. 14. Oktober 1914, in: LW, Bd. 36, S. 277.

21 Ders.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: LW, Bd. 22, S. 192, 194.

22 Ders.: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, in: LW, Bd. 21, S. 20.

23 Ders.: Sozialismus und Krieg, in: Ebenda, S. 330.

24 Ders.: Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow), in: LW, Bd. 23, S. 15 f.

mokratischen Frieden ohne Annexionen angeboten wurde. Die Sowjetregierung verlangte keine ultimativen Friedensbedingungen, sondern erklärte sich bereit, jegliche andere Friedensbedingungen zu erwägen. Die Hoffnung auf die Verwirklichung eines gerechten demokratischen Friedens setzte Lenin vor allem in die »klassenbewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands.«²⁵

Lenin begründete nach der Oktoberrevolution die Notwendigkeit, die Haltung zur Vaterlandsverteidigung zu ändern. Verbunden damit war, daß Lenin das Begriffspaar gerechte und ungerechte Kriege in die marxistische Terminologie einführte, das später zu einer »Lehre« dogmatisiert wurde. Lenin argumentierte: »Die Verteidigung des Vaterlandes anerkennen heißt die Legitimität und Gerechtigkeit eines Krieges anerkennen. Legitimität und Gerechtigkeit von welchem Standpunkt? Nur vom Standpunkt des sozialistischen Proletariats und seines Kampfes für seine Befreiung; einen anderen Standpunkt erkennen wir nicht an ... Wenn das Proletariat, das bei sich die Bourgeoisie besiegt hat, einen Krieg führt zur Festigung und Entwicklung des Sozialismus, dann ist der Krieg berechtigt und ›heilig‹.«²⁶

Nach dem Ende des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention kam Lenin zu neuen Erkenntnissen. Er erklärte: »Unsere Lage ist nun so, daß wir ... uns aber Bedingungen erkämpft haben, unter denen wir neben den kapitalistischen Staaten bestehen können ...« Er betonte, »daß wir es hier nicht nur mit einer Atempause zu tun haben, sondern mit einem neuen Zeitabschnitt, in dem die Grundlagen unserer internationalen Existenz im Geflecht der kapitalistischen Staaten erkämpft sind.«²⁷ In Verbindung mit den internationalen Konferenzen von Cannes und Genua 1922 schlußfolgerte Lenin, daß die Beschlüsse »die Gleichberechtigung der beiden Eigentumssysteme ... anerkennen und ... die Unvermeidlichkeit eines Übereinkommens mit dem zweiten als einem gleichberechtigten Partner zugeben.«²⁸

Die 20er Jahre

Nach Lenins Tod wurden dessen realistische Ansätze wenig oder gar nicht beachtet. Seine martialischen Positionen zum Krieg, namentlich zum Bürgerkrieg, wurden jedoch zum Dogma erhoben. Als notwendig erweist sich heute offensichtlich ein differenzierter, kritischer Umgang mit den von Lenin entwickelten Gedanken über den Krieg.

Nach dem furchtbaren Erlebnis des Ersten Weltkrieges war es für die internationale Arbeiterbewegung dringlicher denn je, ihre Haltung zu Krieg und Frieden zu bestimmen. Im Laufe des Krieges wandten sich immer mehr gesellschaftliche Kräfte gegen den Krieg. Die Revolutionen am Ende des Krieges waren nicht zuletzt Aufstände zur Beendigung des Krieges.

Als erste neue internationale Organisation der Arbeiterbewegung nach dem faktischen Zusammenbruch der II. Internationale entstand 1919 die Kommunistische Internationale (Komintern). In den Beschlüssen des Gründungskongresses wurde auch zu den Fragen von Krieg und Frieden Stellung genommen. Die Richtlinien der Komintern wiesen der Arbeiterklasse die Aufgabe zu, die Menschheit vor der Gefahr der vollständigen Vernichtung zu retten. »Sie muß die Herr-

25 Ders.: Rede über den Frieden, in: LW, Bd. 26, S. 239, 241.

26 Ders.: Über »linke« Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in: LW, Bd. 27, S. 324.

27 Ders.: Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei, in: LW, Bd. 31, S. 406 f. »Ich bin der Meinung, und finde damit hier allgemeine Zustimmung, daß unsere Politik eindeutig friedliebend sein muß. Die Partei hat die Absicht, fest und unerschütterlich an einer Politik des Friedens festzuhalten. Alle unsere Kräfte werden jetzt auf die wirtschaftlichen Aufgaben konzentriert.« Leo Trotzki an den Vertreter Sowjetrußlands in Berlin 1920. Zitiert in: Besymenski, Lew: Stalin und Hitler, Berlin 2002, S. 101.

28 Ders.: Entwurf einer Entschließung des Gesamtrussischen Zentrallexekutivkomitees zum Bericht der Delegation auf der Genua-Konferenz, in: LW, Bd. 33, S. 342 f.

29 Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale: Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins, Berlin 1959, S. 74.

30 Ebenda, S. 90 f.

31 Ebenda, S. 211.

32 Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg. 21. bis 25. Mai 1923., o. O. 1923, S. 6.

33 Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Brüssel, 5. bis 11. August 1928., Zürich 1928, S. VII., 99.

schaft des Kapitals brechen, die Kriege unmöglich machen, die Grenzen der Staaten vernichten, ... die Verbrüderung und Befreiung der Völker verwirklichen.«²⁹ Im Manifest an das Proletariat der ganzen Welt stellte die Komintern fest, daß der imperialistische Krieg in den Bürgerkrieg übergang und übergeht. »Der Bürgerkrieg wird der Arbeiterklasse von ihren Erzfeinden aufgezwungen ... Indem die kommunistischen Parteien nie den Bürgerkrieg künstlich heraufbeschwören, streben sie danach, seine Dauer nach Möglichkeit zu verkürzen – falls er zur eisernen Notwendigkeit geworden – die Zahl seiner Opfer zu verringern und vor allem dem Proletariat den Sieg zu sichern.«³⁰ Die Statuten der Komintern, die vom II. Kongreß 1920 angenommen wurden, appellierten: »Gedenke des imperialistischen Krieges! ... Gedenke dessen, daß ohne den Sturz des Kapitalismus die Wiederholung von derartigen Raubkriegen nicht nur möglich, sondern unvermeidlich ist!«³¹ Damit hatten sich in der kommunistischen Bewegung die von Lenin und den Bolschewiki entwickelten Auffassungen von der Unvermeidlichkeit der Kriege und Bürgerkriege im Kapitalismus durchgesetzt.

Die sozialdemokratischen Parteien schlossen sich 1923 zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) zusammen. Auf ihrem Gründungskongreß charakterisierten sie den Ersten Weltkrieg als »Krieg des Imperialismus«.³² Damit befanden sie sich in Übereinstimmung mit anderen Teilen der Arbeiterbewegung, einschließlich der Kommunisten. Ausführlich nahm der dritte Kongreß der SAI 1928 zu Militarismus und Abrüstung Stellung. In der Resolution zu diesem Thema wurde erklärt: »Die allgemeinen Tendenzen des Kapitalismus streben zum Krieg. Andererseits ist es richtig, daß die wachsende gegenseitige Abhängigkeit der wirtschaftlichen Unternehmungen, die gesteigerten Kosten der Rüstungen, die Erkenntnis, daß das Wettrüsten den Krieg automatisch herbeizuführen droht, die Notwendigkeit der Sicherheit für ausländische Anleihen und die Furcht vor neuen Revolutionen, welche jeder Krieg entfesseln kann, gewisse Teile der herrschenden Klassen dazu veranlassen können, im Prinzip einer Einschränkung der Rüstungen zuzustimmen.«³³

Diese zweite Tendenz des Kapitalismus zu beachten und auszunutzen war durchaus legitim. Die meisten sozialdemokratischen Führer überschätzten jedoch diese Tendenz, schwächten den Kampf gegen den Militarismus ab und betrieben eine »positive Militärpolitik«. Davon zeugten u. a. die Zustimmung der gesamten Fraktion der Sozialistischen Partei Frankreichs in der Abgeordnetenversammlung zu dem Gesetz über die »Organisation der Nation im Kriege« im März 1927 und das Votum der sozialdemokratischen Minister in der deutschen Regierung für die Finanzierung des geplanten Panzerkreuzers A im August 1928 – die große Mehrheit der SPD-Abgeordneten im Reichstag ermöglichte durch Stimmenthaltung die Annahme eines entsprechenden Wehretats.

Stalin und die Komintern

In der Komintern setzten sich nach Lenins Tod die Kräfte um J. W. Stalin durch, welche die kommunistische Bewegung immer mehr zu einem Instrument der sowjetischen Machtpolitik degradierten. Stalin erklärte 1927 apodiktisch: »Ein Revolutionär ist, wer ohne Vorbe-

halte, bedingungslos, offen und ehrlich, ohne militärische Geheimberatungen bereit ist, die UdSSR zu schützen und zu verteidigen ... Denn wer die internationale revolutionäre Bewegung zu schützen gedenkt und dabei die UdSSR nicht schützen will oder sich gegen sie stellt, der stellt sich gegen die Revolution, der gleitet unwiderruflich ins Lager der Feinde der Revolution hinab.«³⁴

Mit solchen »Begründungen« wurden namentlich seit Mitte der 30er Jahre neben Funktionären der KPdSU auch Funktionäre der Komintern und in der Sowjetunion lebende Emigranten verfolgt und ermordet. Besonders verhängnisvoll für die Abwehr der vom Faschismus ausgehenden Gefahren, namentlich die zunehmende Kriegsgefahr, erwies sich die feindselige Einstellung zur Sozialdemokratie. In dem vom VI. Kongreß der Komintern 1928 beschlossenen Programm wurde die Sozialdemokratie zur »Hauptstütze des Imperialismus in der Arbeiterklasse« erklärt sowie die linke Sozialdemokratie als die »gefährlichste Fraktion der sozialdemokratischen Parteien« betrachtet. Die Sozialdemokratie spiele nicht selten »eine offene faschistische Rolle«, behauptete das Programm der Komintern.³⁵ Unter solchen Vorzeichen war an eine Aktionseinheit mit den revolutionären Kräften der SAI im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr nicht zu denken, obwohl die Komintern die Aufgabe stellte, dem Kampf gegen die Gefahr imperialistischer Kriege besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Ein gewisser Wandel in der Politik der Komintern vollzog sich in den Jahren 1934/1935. In diesem Zeitraum veränderte die sowjetische Führung ihre außenpolitische Linie in Richtung auf ein Bündnis mit den westeuropäischen Mächten gegen Hitlerdeutschland. Im Oktober 1933 trat Hitlerdeutschland aus dem Völkerbund aus und schloß im Januar 1934 einen Nichtangriffspakt mit Polen, der sowohl in der Sowjetunion wie in Frankreich Argwohn hervorrief. Im September 1934 trat die UdSSR in den vorher verpönten Völkerbund ein und schloß im Mai 1935 mit Frankreich einen Beistandspakt. In diese Politik paßte ein Teil der früheren Orientierungen der Komintern nicht. Im Jahre 1934 entwickelte sich eine wachsende Bewegung für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Krieg, deren sichtbarster Ausdruck das Einheitsfrontabkommen zwischen der kommunistischen und der sozialistischen Partei Frankreichs war. Ähnliche Vereinbarungen kamen zwischen den sozialdemokratischen und den kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens zustande.

Unter diesen Vorzeichen tagte im Juli und August 1935 in Moskau der VII. Kongreß der Komintern. Die Probleme des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung spielten auf dem gesamten Kongreß und in seinen Beschlüssen eine große Rolle, ihnen war auch ein spezieller Tagesordnungspunkt gewidmet. Ausführlich referierte Palmiro Togliatti zur imperialistischen Kriegsvorbereitung und zu den Aufgaben der Komintern. Er ging davon aus, daß sich seit dem VI. Kongreß 1928 tiefgehende Wandlungen vollzogen hatten. Hierzu rechnete Togliatti vor allem, daß der japanische Imperialismus im Fernen Osten bereits Krieg um die Neuaufteilung der Welt führte. Als weiteres Kennzeichen der neuen Lage charakterisierte er den Sieg des Faschismus in Deutschland und in einigen anderen europäischen Ländern, wobei der deutsche Faschismus zum Hauptkriegstreiber geworden sei. Togliatti betonte, »daß die internationale Lage besonders zu-

34 Stalin, J. W.: Werke. Bd. 10, Berlin 1953, S. 45.

35 Programm der Kommunistischen Internationale. Angenommen vom VI. Weltkongreß am 1. September 1928 in Moskau, Hamburg-Berlin 1928, S. 22.

36 VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale: Referate und Resolutionen, Berlin 1975 (im folgenden: VII. Kongreß der Komintern), S. 194.

37 Ebenda, S. 188, 195.

38 Ebenda, S. 203.

39 Komintern und Friedenskampf: die Kommunistische Internationale über die Aufgaben der Kommunisten im Friedenskampf; Auswahl von Dokumenten und Materialien 1917-1939, Berlin 1985, S. 198 f.

gespitzt, besonders gespannt ist, daß der Krieg in jedem Augenblick an jedem Ort ausbrechen kann, und daß jeder Krieg zwangsläufig in einen Weltkrieg mündet.«³⁶ Diese Wertung erwies sich in der Tendenz als richtig, jedoch vom angenommenen Zeitpunkt und von der Aussage über die Ausweitung jedes Krieges zum Weltkrieg als überzogen.

Im Gegensatz zu früheren Beurteilungen des Imperialismus unterschied Togliatti zwischen zwei Gruppen kapitalistischer Staaten in Europa: Zu der einen rechnete er Staaten, die von den »kriegerischsten, reaktionärsten Kräften« beherrscht werden, die unmittelbar daran interessiert sind, einen Krieg, insbesondere gegen die Sowjetunion, zu entfesseln; zum anderen sah er eine Gruppe kapitalistischer Staaten, von denen »einige an der Verteidigung des Status quo und an einer zeitweiligen, bedingten Verteidigung des Friedens interessiert sind.« Seine Schlußfolgerung lautete: »Konzentrierung des Feuers unseres Kampfes gegen den Hauptfeind des Friedens, gegen den deutschen Faschismus ...«³⁷

Zum Kampf um den Frieden erklärte Togliatti: Obwohl der Krieg eine »zwangsläufige Begleiterscheinung des kapitalistischen Regimes« ist, sei dieser Kampf kein aussichtsloser. Er begründete das vor allem damit, daß sich die Arbeiterklasse auf die Macht der Sowjetunion stützen könne, die allen Bedrohungen zum Trotz bisher den Krieg verhindert habe. Für die Komintern schlußfolgerte er: »Die Kommunistische Internationale ... stellt sich an die Spitze des Feldzuges zur Verteidigung des Friedens und der Sowjetunion. Die Lösung des Friedens wird zu unserer zentralen Lösung im Kampf gegen den Krieg.«³⁸ Das war eine Veränderung gegenüber der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als die Friedenslösung nicht im Mittelpunkt stand, weil die Komintern den »Frieden von Versailles« ablehnte. Dieser Wandel ergab sich Togliatti zufolge daraus, daß das Versailler System zusammengebrochen sei und der deutsche Nationalismus den Völkern Europas ein Unterdrückungssystem aufzwingen wolle, das noch abscheulicher sei als das von Versailles. Dadurch erhalte die Verteidigung des Friedens einen ganz anderen Charakter.

Im Schlußwort nach der Diskussion zu seinem Referat postulierte Togliatti eine neue Perspektive im Kampf um den Frieden: »Man kann den Krieg nicht nur hinausschieben, sondern unter gewissen Voraussetzungen sogar den Ausbruch eines neuen imperialistischen Krieges selbst verhindern.« Dazu müsse der enge Rahmen der früheren Antikriegsarbeit durchbrochen und dem Kampf für den Frieden allgemeiner Volkscharakter verliehen werden. Der Kampf für den Frieden habe dann die größten Aussichten auf Erfolg, wenn »alle Kriegsgegner, alle Friedensfreunde, die Kräfte der Arbeiterklasse, die Kräfte der breiten Massen des Kleinbürgertums, die Intellektuellen, die bedrohten nationalen Minderheiten, die Staaten selbst, die gegenwärtig an der Erhaltung des Friedens interessiert sind, sich zusammenschließen und den Kriegsbrandstiftern und Kriegstreibern eine mächtige Front entgegenstellen.«³⁹

Bei allem Fortschritt, der auf dem VII. Kongreß von der Komintern bei der Überwindung der sektiererischen Enge im Kampf gegen Krieg und Faschismus erzielt worden ist, blieb auch diese Orientierung noch widerspruchsvoll. Als Ziel im Falle eines neuen imperialistischen Weltkrieges forderte der Kongreß, »die im Kampf für den Frieden

organisierten Kriegsgegner zum Kampf für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die faschistischen Kriegstreiber, gegen die Bourgeoisie, für den Sturz des Kapitalismus zu führen.«⁴⁰

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale vor dem Zweiten Weltkrieg 1935 beschloß die Führung der SAI, eine »Kommission zum Studium der Haltung der der SAI angeschlossenen Parteien im Kriegsfall« zu bilden und die Mitgliedsparteien zu einer außenpolitischen Grundsatze debatte aufzufordern. Das bedeutendste Ergebnis waren die Thesen »Die Internationale und der Krieg«, die von den Mitgliedern der Exekutive Otto Bauer (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs), Theodor Dan (Menschewiki) und Jean Zyromski (Sozialistische Partei Frankreichs) verfaßt wurden. Die drei Vertreter der SAI sprachen die Hoffnung aus, daß ein neuer Krieg, »in dem die Arbeiterklasse der ganzen Welt die Sowjetunion verteidigen und die Erschütterungen des Krieges zur Eroberung der Staatsmacht in den kapitalistischen Ländern auszunützen streben wird, das Weltproletariat wieder vereinigen würde.« Ihre Thesen endeten in der Schlußfolgerung: »Die Erfahrung, daß dem Krieg die Revolution folgt, schreckt die herrschenden Klassen und ihre Regierungen am stärksten vor dem Kriege ab. Die Furcht der kapitalistischen Klassen vor der sozialen Revolution wirkt stärker als alle Völkerbundsatzungen und alle Pakte für den Frieden. Wenn sich die Internationale entschlossen zeigt, den Krieg zum Sturze des Kapitalismus auszunützen, arbeitet sie am wirksamsten für den Frieden.«⁴¹

Insgesamt wiesen die Thesen wesentliche Gemeinsamkeiten zu den Positionen der Komintern auf, was allerdings von deren Führung nicht in gebührendem Maße anerkannt wurde. Innerhalb der SAI sympathisierte mit den Thesen vor allem deren Sekretär Friedrich Adler, der auch das Vorwort zur Publikation der Thesen verfaßt hatte.

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zeigte sich die SAI aber immer weniger handlungsfähig im Ringen gegen den Krieg, weil sie sich deutlich in zwei Richtungen spaltete. Auf der einen Seite standen die Kräfte, die für einen konsequenten Kampf gegen Krieg und Faschismus eintraten. Das waren linke Sozialisten oder Sozialdemokraten, namentlich aus den in die Illegalität gezwungenen Parteien. Auf der anderen Seite verließen sich viele Vertreter der etablierten Parteien West- und Nordeuropas auf den Völkerbund und tolerierten oder unterstützten die Appeasementpolitik ihrer Regierungen. So stimmten bis auf einen alle Parlamentsabgeordneten der französischen sozialistischen Partei (SFIO) dem Münchener Abkommen zu. Die SAI als Ganzes vermochte im letzten Jahr vor dem Zweiten Weltkrieg keine klare Position zum Kampf gegen den Krieg zu beziehen, geschweige denn Handlungsanleitungen für ihre Mitgliedsparteien zu geben. Der Sekretär Friedrich Adler erklärte im Juni 1939 verbittert: »Die Erfahrungen des letzten Krieges sind wirkungslos geblieben.« Er betrachtete das Werk der SAI als vorläufig gescheitert und bot zum wiederholten Male seinen Rücktritt an.⁴²

Die Exekutive der SAI kam im Februar 1940 in Brüssel zum letzten Mal zu einer Sitzung zusammen. Der Rücktritts Antrag Adlers wurde angenommen. Die Exekutive beschloß, eine Kommission mit

40 VII. Kongreß der Komintern, S. 331.

41 Otto Bauer, Theodor Dan, Jean Zyromski: *Die Internationale und der Krieg*, Wien 1935, S. 15 f. »Es gilt heute, über den Faschismus und den Krieg zu siegen, ihre ökonomischen und sozialen Wurzeln für immer auszurotten. Faschismus und Kriegsgefahr drängen zur Überwindung der Feindschaft zwischen den beiden Heerlagern der Arbeiterklasse.« Otto Bauer: *Zwischen zwei Weltkriegen?* Bratislava 1936, S. 92, 319. »Der Weltkrieg hat, wie so vieles andere, auch die sozialistische Tradition arg zerstört. Die jetzige Jugend weiß wenig mehr von dem, was die besten Köpfe des Sozialismus in mühevoller Arbeit ehemals erforscht hatten. Kein Zweifel, manches davon ist überholt, veraltet. Aber nicht so sehr, wie viele wännen, die keine Ahnung von den Geistes schätzen der Vergangenheit haben. Wer diese durchforscht, wird immer überrascht davon, was unsere Vorgänger schon alles wußten und erkannt hatten. Gar mancher, der sich mit einem Problem mühsam abplagt, ohne vom Fleck zu kommen, würde rasch damit fertig werden, wenn er wüßte, was große Geister schon vor ihm darüber gedacht und gefunden hatten.« Karl Kautsky: *Sozialisten und Krieg*, Prag 1937, S. 2.

42 Rolf Steiniger: *Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg ... Darstellung und Dokumentation*, Bonn 1979, S. 181 ff.

dem Auftrag einzusetzen, ein Friedensprogramm der SAI auszuarbeiten. Dieser Auftrag ist nicht mehr ausgeführt worden. Die für Ende Mai in Paris geplante nächste Sitzung der Exekutive konnte auf Grund der Offensive der Armeen Hitlerdeutschlands im Westen nicht stattfinden. Damit hörte die SAI faktisch auf zu existieren, wenn auch die offizielle Auflösung erst 1947 erfolgte.

Die Komintern und Nichtangriffspakt

Auch die kommunistischen Parteien konnten nicht den Aufgaben im Friedenskampf gerecht werden, die der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale gestellt hatte. Das war auf die tiefe Krise der Komintern zurückzuführen, die in der zweiten Hälfte der 30er Jahre begann und schließlich in ihre Auflösung 1943 mündete. Die hauptsächliche Ursache lag in der völligen Unterordnung unter die stalinistische Führung der KPdSU, deren Terrormaßnahmen sich auch auf Funktionäre der Komintern und deren Mitgliedsparteien erstreckte. Längere Zeit war bereits die theoretische Arbeit, darunter zu den Fragen von Krieg und Frieden, durch dogmatische Lehrsätze des Marxismus-Leninismus ersetzt worden. In der Komintern gingen die Politikansätze des VII. Kongresses immer mehr verloren, sie wurden durch die unkritische Unterstützung der sowjetischen Machtpolitik verdrängt. Erneut bekamen sektiererische Tendenzen die Oberhand, die selbst die Ansätze für die Einheits- und Volksfrontpolitik zunichte machten, die am Vorabend des Zweiten Weltkrieges von enormer Bedeutung gewesen wären.

Die entscheidende Wende in der sowjetischen Außenpolitik und in deren Folge in der Politik der Komintern trat mit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges ein. Stalin hatte zwar auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU im März 1939 Vorwürfe gegen den aggressiven Kriegsblock Deutschlands, Italiens und Japans erhoben, zugleich aber das große und gefährliche Spiel der Westmächte mit der Nichteinmischungspolitik als »Begünstigung der Aggression«, als »Entfesselung des Krieges und folglich seine Umwandlung in einen Weltkrieg« verurteilt. Sie würden einen Konflikt zwischen der Sowjetunion und Deutschland provozieren wollen, »ohne daß dazu sichtbare Gründe vorliegen«.⁴³

Die letzte Bemerkung Stalins wurde von der Hitlerregierung als Wunsch der sowjetischen Führung verstanden, mit Deutschland bessere Beziehungen herzustellen. Über monatelange Gespräche und Verhandlungen kam es zum Abschluß des Nichtangriffsvertrages am 23. August sowie des Grenz- und Freundschaftsvertrages am 28. September 1939. Konnte der Nichtangriffsvertrag eventuell noch als Versuch gewertet werden, die Sowjetunion aus dem bevorstehenden Krieg herauszuhalten, so hatten die geheimen Zusatzprotokolle und der Freundschaftsvertrag offensichtlich einen völlig anderen Charakter. Deren Hauptinhalt bestand in einer Neuaufteilung der Interessensphären in Osteuropa zwischen der UdSSR und Deutschland. Stalin erklärte am 9. September 1939 im internen Kreis in zynischer Weise: »Was ist Schlechtes daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen.«⁴⁴ Während die Hitlerarmee noch gegen

43 Stalin, J.: Fragen des Leninismus, Berlin 1950, S. 687, 689 f. Siehe auch Lew Besymenski: Stalin und Hitler: das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin 2002, S. 133 ff. »Der innere Widerspruch der sowjetischen Politik der Jahre 1939-1941 war bereits mit der Entscheidung angelegt, die Stalin Anfang 1939 fällte. Die Allianz der beiden Diktaturen war ein Widerspruch in sich, auch wenn die äußeren Ähnlichkeiten überwogen, die mancher in den beiden totalitären Systemen zu erkennen glaubte ... Die ideologischen Differenzen vermochte man auf Befehl noch irgendwie zu übertünchen, was in Deutschland und der Sowjetunion 1939 und Anfang 1940 auch in der Tat geschah. Aber was die Weltherrschaft betraf, so konnte es für Nazideutschland keinen Kompromiß mit der kommunistischen Sowjetunion geben. Das wußte Hitler, und das wußte auch Stalin. Man mußte nur erkennen, wann die Stunde der Wahrheit schlug. Aber genau darin irrte Stalin.« Lew Besymenski: Stalin und Hitler, S. 340.

44 Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933-1943, Berlin 2000, S. 274.

die Verteidiger Warschaws kämpfte (Molotow hatte der deutschen Regierung auf Grund falscher Informationen bereits am 9. September Glückwünsche zur Einnahme der polnischen Hauptstadt übermittelt), rückten die sowjetischen Truppen ab 17. September von Osten in Polen ein. Dabei kam es mancherorts zu schweren Gefechten mit polnischen Truppen und zu Verlusten auf beiden Seiten. Der polnische Staat wurde zwischen der Sowjetunion und Nazideutschland aufgeteilt. Der sowjetische Regierungschef Molotow erklärte am 31. Oktober 1939 triumphierend: »Doch ein einziger rascher Schlag gegen Polen, erstens seitens der deutschen und dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von diesem häßlichen Sproß des Versailler Vertrages ...«⁴⁵ Die sowjetische Führung ließ Tausende polnische Kriegsgefangene ermorden. Im Jahre 1940 erweiterte Stalin das sowjetische Territorium entsprechend den Abmachungen mit Hitler um die Gebiete der baltischen Staaten sowie Bessarabiens.

Mit einem regelrechten Angriffskrieg versuchte die Stalinsche Führung im Winter 1939/40, das sowjetische Territorium auf Kosten Finnlands auszudehnen. Das führte auf Grund der Schwächen der Roten Armee (Stalinsche »Säuberungen«!) zu verlustreichen Kämpfen und zur internationalen Isolierung der UdSSR (Ausschluß aus dem Völkerbund). Der im März 1940 abgeschlossene Friedensvertrag mit Finnland brachte zwar territoriale Gewinne für die Sowjetunion, trieb aber Finnland in die Arme Hitlers für seinen Krieg gegen die UdSSR.

Und noch eine Tatsache zeugt davon, daß die Außen- und Militärpolitik unter Stalin nicht von sozialistischen, sondern von machtpolitischen Grundsätzen gekennzeichnet war. Das war die wohlwollende Neutralität gegenüber Hitlerdeutschland in der Zeit des Zweiten Weltkrieges bis zum Juni 1941. Die sowjetische Führung sprach das faschistische Regime von der Kriegsschuld frei und verurteilte Großbritannien und Frankreich als die für den Kriegsausbruch Verantwortlichen. In dem Tagesbefehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 7. November 1939 hieß es: »Der europäische Krieg, in dem England und Frankreich als Anstifter und eifrige Fortsetzer auftreten ..., unternehmen die anglo-französischen Aggressoren ... alles, um den Krieg zu verstärken und ihn auf andere Länder auszudehnen.«⁴⁶

Die Sowjetunion lieferte Hitlerdeutschland Rohstoffe und Lebensmittel, stellte der deutschen Kriegsmarine Stützpunkte zur Verfügung.

Die Komintern und ihre Mitgliedsparteien, die von der Wende der Stalinschen Außenpolitik überrascht wurden, mußten erst von dem seit dem VII. Kongreß verfolgten Kurs des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus abgebracht und auf eine andere Richtung ihrer Politik umgestellt werden. Noch am 25. August 1939 hatte das Zentralkomitee der KPD in seiner Erklärung zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von allen Antifaschisten den verstärkten Kampf gegen die Nazidiktatur gefordert. Die deutschen Arbeiter mußten sich »an die Seite aller von den Nazis unterdrückten bedrohten Völker stellen und nunmehr erst recht dafür kämpfen, daß ... sofort solche Friedenspakete mit Polen, Rumänien, mit Frankreich und England, mit allen Völkern, die sich mit Recht durch die Angriffspolitik Hitlers bedroht fühlen, geschlossen werden ...« Die KPD orientierte weiterhin auf die Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten, auf die Volksfront, mit deren Hilfe »die Macht der Kriegstreiber gebrochen

45 Zitiert in Gerhart Hass: 23. August 1939: der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation, Berlin 1990, S. 267.

46 Zitiert in: ebenda, S. 271.

47 Zitiert in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 520 f.

48 Zitiert in Julius Brauntal: Geschichte der Internationale. Bd. 2, Hannover 1963, S. 528 f. Siehe auch Dimitroff: Tagebücher, S. 274.

und das Naziregime durch die Volksrevolution hinweggefegt werden kann.«⁴⁷ Im gleichen antifaschistischen Geiste riefen die kommunistischen Parteien Frankreichs und Englands Ende August/Anfang September 1939 zur Verteidigung ihrer Länder und Polens auf.

Das konnte sich natürlich nicht mit der rücksichtsvollen Politik der Stalinschen Führung gegenüber Deutschland vertragen. Aus der Propaganda und Agitation in der Sowjetregierung und der sowjetischen Medien wurden alle Angriffe auf Hitlerdeutschland verbannt. Die Führung der Komintern veröffentlichte am 6. November 1939 anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution einen Aufruf, in dem sie grundsätzlich zum Krieg Stellung nahm. Darin wurde die Schuld am Krieg allen kapitalistischen Staaten gleichermaßen zugewiesen, aber die zum Krieg treibende Politik Hitlerdeutschlands, auch der Überfall auf Polen, nicht erwähnt. Die eigentliche Verantwortung dafür, daß die Bourgeoisie den Krieg beginnen und führen konnte, läge bei den »verräterischen Führern der sozialdemokratischen Parteien«, hieß es in dem Aufruf. Den Krieg charakterisierte die Komintern als einen allseitig ungerechten, reaktionären, imperialistischen. Deshalb könne die Arbeiterklasse einen solchen Krieg nicht unterstützen.⁴⁸ Diese Stellungnahme zum Zweiten Weltkrieg widersprach völlig den Beschlüssen des VII. Kongresses der Komintern, in denen zwischen den kapitalistischen Ländern differenziert und Hitlerdeutschland als Hauptkriegstreiber gekennzeichnet worden war. Die Schuldzuweisung an die Sozialdemokratie war eine eindeutige Abkehr von der Politik der Einheitsfront gegen den Faschismus. Diese Kehrtwendung hatte schwerwiegende Folgen. Sie führte zu einer Isolierung der kommunistischen Parteien in den Ländern West- und Nordeuropas, die unmittelbar von der Kriegführung Hitlerdeutschlands bedroht waren. Zum Teil wurden die kommunistischen Parteien verboten. Es gab Massenaustritte, so z. B. in England von mehr als einem Drittel der Mitglieder, in Frankreich von 21 kommunistischen Abgeordneten des Parlaments.

Zu einer erneuten Kehrtwendung der Komintern kam es nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion. Ohne auf die vorangegangene Periode einzugehen, empfahl nunmehr das Exekutivkomitee den Kommunisten in allen Ländern, die gegen die faschistischen Aggressoren kämpften, eine Massenbewegung für eine einheitliche internationale Kampffront zur Verteidigung aller vom Faschismus unterdrückten Völker und zur Verteidigung des Sowjetvolkes zu organisieren. Die kommunistischen Parteien sollten alle Maßnahmen ihrer Regierungen unterstützen, die dem Kampf gegen das faschistische Deutschland dienten und eine reale Hilfe für die Sowjetunion darstellten. Aber selbst der opfervolle Einsatz vieler Kommunisten an allen Fronten des Kampfes gegen die faschistischen Feinde der Menschheit konnte die Autorität der Komintern nicht wieder herstellen. Zudem wurde sie von der Stalinschen Führung nicht mehr gebraucht. Im Gegenteil, Stalin empfand die Existenz der Komintern immer mehr als störend für seine Politik innerhalb der Antihitlerkoalition. Auf sein Drängen beschloß das Präsidium des Exekutivkomitees im Mai 1943 die Auflösung der Kommunistischen Internationale.

Trotz des verhängnisvollen »Pokerspiels« der Stalinschen Führung und der daraus resultierenden Verluste fand die sowjetische Gesellschaft die innere Kraft, die faschistischen Aggressoren zu besiegen.